

Pressemitteilung

Darmstadt/ Ober-Ramstadt, 12. Mai 2010

Zustände wie bei Schlecker

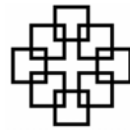
Gewerkschaften werfen bei Diskussion dem ECHO Lohndumping vor



Nein, Freunde werden sie auch nach diesem Abend nicht: die Gewerkschaft und die Unternehmer. Dabei hatte die Kirche, mehrere evangelische Dekanate (darunter Darmstadt-Land und der Vordere Odenwald) sowie das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der hessisch-nassauischen Landeskirche (EKHN) zu einem versöhnlichen Dialog eingeladen. Doch auf den mochten sich weder Dr. Hans-Peter Bach, Geschäftsführer des Darmstädter ECHO's und IHK-Vorsitzender von Südhessen und der DGB-Vorsitzende des

Bezirk Südhessens Jürgen Planert nicht einlassen. Zu unversöhnlich standen sich die Kontrahenten einander gegenüber. Im „Offenen Haus“ des evangelischen Dekanats Darmstadt-Stadt hatten sich viele Mitarbeitende der Lokalzeitung sowie eines von ihr betriebenen Briefzustelldienstes versammelt, die ihrem Unmut immer wieder äußerten. „Unternehmerische Verantwortung und gewerkschaftliche Solidarität – ein Widerspruch?“ lautete das Thema des Abends, durch den Dekan Norbert Mander (Darmstadt) führte. In seinem Eingangsstatement beklagte ECHO-Geschäftsführer Bach die starren Tarifstrukturen. „Die Tarife gehen immer weiter nach oben, die Wirtschaft aber erlebt ein ständiges Auf und Ab.“ Schon da regte sich erster Widerspruch beim Publikum, der auch im weiteren Verlauf des Abends zunehmen sollte. Etliche der Zuschauer hielten Schilder in die Höhe auf denen Sätze standen wie „Gegen Lohndumping“ und „Gegen moderne Sklaverei“. Bach zeigte sich unbeeindruckt von den vorgetragenen Argumenten, und betonte immer wieder die finanzielle Situation seines Unternehmens. „Tatsache ist nun mal, dass etwa die Nachtzuschläge für den Sonntag zu hoch sind. Das bezahlen uns die Kunden nicht.“ Jürgen Planert vom DGB Südhessen warf in seiner Erwiderung dem Unternehmer vor sich auf Kosten der Angestellten zu sanieren. Hintergründe der Kritik ist das Vorhaben des ECHO's, die Hausdruckerei im Laufe des Jahres zu schließen. In Kooperation mit einer anderen Zeitung wird ein neues Druckzentrum in Rüsselsheim gebaut. Planert: „Für dieses neue Druckhaus soll es dann keine an einem öffentlichen Tarif orientierte Bezahlung geben. Damit verabschieden sie sich von ihrer unternehmerischen Verantwortung. Und außerdem stimmt es nicht wenn sie sagen, die Tarife würden ständig steigen. Viele Studien belegen genau das Gegenteil.“ Planert verglich die Zustände beim ECHO mit denen von Schlecker. „Hier wie dort sollen Kollegen





gekündigt werden, um bei einer Tochterfirma zu einem billigeren Lohn zu arbeiten.“ Im Anschluss an diese erste Gesprächsrunde hatten kirchliche Vertreter aus dem Bereich Diakonie und Gesellschaftliche Verantwortung Zeit für kurze Statements. So beklagte die Sozialpädagogin Annette Claar-Kreh vom Dekanat Vorderer Odenwald, dass die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse im Landkreis dramatisch steige. Dekan Arno Allmann vom Dekanat Darmstadt-Land betonte, dass Kirche zu diesen sozialen Verwerfungen nicht schweigen dürfe. Viel Applaus erhielt die

katholische Betriebsseelsorgerin Ingrid Reidt für ihre Äußerung, dass die tarifliche Mitbestimmung kein Luxus sei, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit. In der sich anschließenden Diskussion mit dem Publikum ging es dann zur Sache. Ein Gewerkschafter warf der Kirche Lohndumping im eigenen Unternehmen vor. Mit dem neuen KDVO-Vertrag habe man sich vom öffentlichen Tarif verabschiedet und Löhne gesenkt. Dieser Kritik stimmten Mander wie Allmann teilweise zu. Die Wut der meisten Besucher richtete sich jedoch gegen den Unternehmer Bach. Eine Frau wollte etwa wissen, wie die Verträge für das neue Druckhaus aussehen. Eine Antwort verweigerte Bach der Frau mit dem Hinweis, dass dies unter das Informationsgeheimnis fiele. Dafür erntete der smart gekleidete Unternehmer höhrendes Gelächter. Am Ende einer hitzig geführten Diskussion erkannte ein Besucher immerhin eine Gemeinsamkeit aller Diskutanten. „Der Kirche, dem ECHO und den Gewerkschaften laufen die Kunden davon.“ Die Debatte, die sich oft im Kreis drehte, zeigte aber auch: der Unternehmer argumentierte mit nackten Zahlen, die Betroffenen mit Moral und Verantwortung. Beide Positionen scheinen heute nur schwer vereinbar zu sein.

Bericht: Reinhard Völker

